

Botschaft zur Urnenabstimmung vom 9. Juli 2023

Budget 2023 mit einem Steuerfuss von
118%

Sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Sie stimmen zum 2. Mal über das Gemeindebudget 2023 an der Urne ab. Die Hälfte des Jahres ist bereits um. Die Gemeinde verfügt noch über kein rechtskräftiges Budget. So gesehen ist es Zeit, jetzt dem neuen Budget mit einer Steuerfusserhöhung von 118% zuzustimmen. Die Verunsicherung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist allerdings beträchtlich. Eine grosse Mehrheit schickte das Budget an der Urne mit einem Steuerfuss von 117% bachab.

Weshalb soll jetzt diesem Budget mit einem Steuerfuss von 118% zugestimmt werden?

Die Frage ist relativ einfach zu beantworten:

Weil es vernünftig ist, den politischen Entscheid über das Budget 2023 jetzt selbst definitiv zu treffen

(eine andere Vorlage kann nicht mehr erstellt werden, nur der Regierungsrat hat noch die Kompetenz, ein anderes Urteil über das Budget zu fällen).

Möglicherweise haben sich im Budgetprozess eine Reihe unvernünftiger Handlungen eingestellt. Als unvernünftig kann im Nachhinein beurteilt werden, dass der Gemeinderat auf die Budgetgemeinde 2022 keine umfassende Vorinformation zur geplanten Steuerfusserhöhung durchgeführt hat. Als unvernünftig kann das erste Referendum beurteilt werden, weil das Jahr 2023 Mehreinnahmen benötigt, um den Finanzhaushalt auszugleichen. Als unvernünftig kann der Antrag des Gemeinderates beurteilt werden, die Volksabstimmung zu respektieren und ein Budget ohne Steuerfusserhöhung vorzulegen, obschon der Bedarf an zusätzlichen Mitteln klar ausgewiesen ist. Und als unvernünftig kann ein neuerlicher Antrag aus der Versammlung angesehen werden, ab 1. Januar 2023 118% Gemeindesteuern einzukassieren. Unvernünftiges Verhalten kann auch der neuerlichen Referendumsführung nachgesagt werden, das Budget wieder zur Abstimmung zu bringen und den Gemeindeversammlungsbeschluss korrigieren zu lassen, weil dieser undemokratisch gewesen sei. Als unvernünftig kann auch eine an das zuständige Departement eingereichte Gemeindebeschwerde zur letzten Gemeindeversammlung gesehen werden. Und last but not least: Unvernünftig kann auch diese Botschaft des Gemeinderates zur Abstimmung am Sonntag, 9. Juli 2023 gelten. So oder so – Sie beurteilen und entscheiden!

Pro Budget 2023 mit Steuerfusserhöhung auf 118%

Der Gemeinderat will Sie nicht neu überhäufen mit einer Auflistung von Argumenten, weshalb der Steuerfusserhöhung zugestimmt werden soll. Wir appellieren an die Vernunft. Zahlen und Fakten können über den QR-Code am Schluss dieser Botschaft oder auf der Webseite der Gemeinde nachgelesen, studiert, beurteilt und mit der Antwort auf dem Stimmzettel entschieden werden. Der Finanzbedarf aufgrund gebundener Ausgaben und weniger Steuereinnahmen ist ausgewiesen.

Der Gemeindeautonomie und der Selbstverantwortung messen wir den Stellenwert bei, die die bisher erfolgreiche und hoffentlich in Zukunft erfolgreiche Gemeinde Vordemwald beanspruchen darf. Es wird kein Unglück sein, wenn der Regierungsrat den Steuerfuss 2023 wird festlegen müssen, sollte das genehmigte Budget der Gemeindeversammlung vom 4. Mai 2023 erneut an der Urne abgelehnt werden. Aber wirklich erstrebenswert ist ein negativer Entscheid der Mehrheit der Vordemwalder Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht, zumal sich der Regierungsrat ebenfalls an den gesetzlichen Anforderungen der Haushaltsführung orientiert und den Steuerfuss bei einem Defizit von rund CHF 435'000 wird anheben müssen. Wer denkt, dass wegen des fehlenden Budgets gespart werden konnte und musste, verkennt, dass die allermeisten Aufgaben der Gemeinde gebundene Ausgaben sind und wir uns selber bestrafen, wenn wir unsere Aufgaben im Dorf nicht sach- und zeitgerecht erfüllen.

Contra die Steuerfusserhöhung

Die Referendumsführung – André Bossert, Alte St. Urbanstrasse 5 hat sich als referendumsführend angegeben – argumentiert, dass der demokratische Stimmbürgerentscheid vom 12. März 2023 untergraben worden sei. In seinem Argumentations-Schreiben zitiert er das deutliche Resultat der vorgenannten Urnenabstimmung. 509 Stimmberechtigte lehnten das Budget mit Steuerfusserhöhung ab, 306 Stimmberechtigte stimmten dem Budget zu. Aus Gründen, die sich dem demokratischen Sinne bislang entziehen würden, sei an besagter Gemeindeversammlung vom 4. Mai 2023 der Stimmbürgerwille vom 12. März ausgehebelt worden. Er erachtet es als stossend, dass gegenüber der deutlichen Mehrheit an der Urne eine kleine Mehrheit an der Versammlung den Volkswillen umgestossen hat. „Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses ergriff der demokratische Geist umgehend die Initiative, um den Respekt des Volkssentscheids vom 12. März 2023 wieder herzustellen und eine neue Urnenabstimmung anzustreben.“ Der Referendumsführer spricht von Missachtung eines Abstimmungsergebnisses. Die Wohnbevölkerung der Gemeinde Vordemwald habe sich gegen eine Steuerfusserhöhung ausgesprochen und dies sei hinzunehmen. Ansonsten brauche es in der demokratischen Schweiz mit direkter Demokratie keine Volkssentscheide mehr an der Urne. Im Übrigen argumentiert die Referendumsführung – ein Komitee als solches ist nicht bekannt -, dass die Finanzen gezielt und weise eingesetzt werden sollen. In der Vergangenheit der Gemeinde Vordemwald hätten bereits einige grössere Projekte mit einem Steuerfuss von 112% und 113% realisiert werden können. Sogar ein Ertragsüberschuss von über CHF 900'000 hätte durch Steuereinnahmen mit einem tieferen Steuersatz generiert werden können. Argumente wie, es sei ein grosser Steuerzahler weggezogen, seien schwer haltbar. Umso wichtiger sei es, eine gewisse Attraktivität für die verbleibenden und künftigen Steuerzahler zu erhalten. „Sparen, um sich etwas leisten zu können, ist die Maxime.“ Unnötige Ausgaben wie jüngst publiziert, müssten sorgfältig überdacht werden. Ausgaben von CHF 130'000 für den Ersatz veralteter Haustechnik im Mehrzweckgebäude sei „Geldverschwendung“ in Anbetracht dessen, dass im Herbst 2023 ein Planungskredit für eine neue Doppelturnhalle genehmigt werden solle. Nur so viel hierzu vom Gemeinderat: Beim besagten Verpflichtungskredit im Betrag von CHF 135'000 zu Handen der ordentlichen Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2023

handelt es sich um den Ersatz der gesamten Haustechnik im 30 Jahre alten Mehrzweckgebäude (Zivilschutzraum/Werkhof/Feuerwehrmagazin, 2 Wohnungen plus Mehrzweckraum) an der Gländstrasse. Der Ersatz der Haustechnik an der Gländstrasse hat nichts mit der Schulraumplanung an der Langenthalerstrasse zu tun.

Szenarien

Gemeindebeschwerde

Die beim Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) eingereichte Gemeindebeschwerde gegen den Gemeindeversammlungsbeschluss vom 4. Mai 2023 wurde gemäss Information des Departements zurückgezogen, somit:

Bei Zustimmung zum Budget: Stimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nun dem Budget 2023 zu, so wie es an der Einwohnergemeindeversammlung vom 4. Mai 2023 beschlossen wurde, ist die Steuererhöhung politisch entschieden.

Bei Ablehnung zum Budget: Lehnen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Budget 2023 mit 118% Gemeindesteuern ab, wird der Regierungsrat den Steuerfuss für das laufende Jahr 2023 festlegen. Bis zu diesem Entscheid – das DVI rechnet mit rund zwei Monaten seit der rechtskräftigen Abstimmung – wird es der Gemeinde an einem Budget 2023 mangeln.

Sie entscheiden!

Wie eingangs dargelegt ist es vernünftig, dass die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger jetzt JA sagt zum Budget 2023 mit einer Anpassung des Steuerfusses von 113 auf 118 Prozentpunkte. Damit wäre der politische Prozess über das Budget ordentlich abgeschlossen, ohne dass der Regierungsrat des Kantons Aargau eingreifen muss.

Letztlich liegt der Entscheid bei Ihnen.

Die Abstimmungsfrage lautet:

Wollen Sie das Budget 2023 mit einem Steuerfuss von 118% annehmen?

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und grüssen Sie freundlich.

Vordemwald, 13. Juni 2023

Der Gemeinderat

Hier geht es direkt zu den online
Dokumenten auf der Gemeindehomepage

Abstimmung

